

# Antrag

**Initiator\*innen:** dbb jugend (dbb jugend)

**Titel:** **Leitantrag "Gute Arbeit für alle – Zukunft sichern im öffentlichen Dienst"**

---

## Antragstext

1 Wir, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sind das Rückgrat unseres  
2 Staates. Nur mit und durch uns kann Demokratie gelebt werden, können politische  
3 Entscheidungen umgesetzt werden und kann unser Gemeinwesen funktionieren.

4 Ob in Verwaltungen, Schulen, Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, bei Polizei,  
5 Feuerwehr, Justiz oder in sozialen Einrichtungen – wir sorgen täglich dafür,  
6 dass der Staat handlungsfähig bleibt und Menschen Unterstützung erhalten.

7 Gleichzeitig steht der öffentliche Dienst vor enormen Herausforderungen. In den  
8 kommenden Jahren werden viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Bereits heute  
9 führen Personalmangel, steigende Anforderungen, hohe Arbeitsbelastung und  
10 unzureichende Rahmenbedingungen zu wachsendem Druck auf die Beschäftigten.

11 Zugleich verändern sich die Erwartungen junger Menschen an Arbeit und  
12 Arbeitgebende. Gute Arbeitsbedingungen, Flexibilität, Sicherheit, Mitbestimmung,  
13 Diversität und Gesundheitsschutz sind keine Zusatzleistungen, sondern  
14 Voraussetzungen für einen attraktiven öffentlichen Dienst.

15 **Deshalb ist klar: Der öffentliche Dienst muss moderner, gerechter und**  
16 **attraktiver werden.**

17 Beschäftigte brauchen mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und  
18 verlässliche Zukunftsperspektiven.

19 Als Jugendgewerkschaft treten wir für einen öffentlichen Dienst ein, der den

20 Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist – solidarisch, demokratisch und  
21 leistungsfähig.

## 22 **Unsere Grundsätze**

- 23 • Der öffentliche Dienst ist Daseinsvorsorge und Grundlage einer  
24 funktionierenden Demokratie.
- 25 • Gute öffentliche Leistungen brauchen gute Arbeitsbedingungen.
- 26 • Alle Beschäftigten verdienen gleiche Wertschätzung – unabhängig von  
27 Statusgruppe, Herkunft oder Lebensrealität.
- 28 • Solidarität statt Spaltung.
- 29 • Modernisierung darf nicht zulasten der Beschäftigten erfolgen.

## 30 **Gute Bezahlung ist Wertschätzung**

31 Wertschätzung zeigt sich auch in einer fairen und angemessenen Vergütung.

32 Für Tarifbeschäftigte werden Entgelte in Tarifverhandlungen erkämpft.  
33 Beamt\*innen hingegen sind darauf angewiesen, dass Gesetzgebende eine  
34 verfassungsgemäße Besoldung sicherstellen.

35 Mit seinem Beschluss vom 17.09.2025 hat das Bundesverfassungsgericht Maßstäbe  
36 für eine amtsangemessene Besoldung konkretisiert.

37 Wir fordern deshalb:

- 38 • die Überprüfung aller Besoldungssysteme anhand dieser Vorgaben,
- 39 • die konsequente Anpassung verfassungswidriger Besoldung,
- 40 • die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifergebnissen auf  
41 Beamt\*innen,
- 42 • die deutliche Aufwertung von Ausbildungs-, Anwärter\*innen- und  
43 Einstiegsvergütungen.

44 Gute Arbeit im öffentlichen Dienst muss auch finanziell anerkannt werden.

#### 45 **Gute Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung**

46 Der öffentliche Dienst darf nicht dauerhaft auf Kosten der Gesundheit seiner  
47 Beschäftigten funktionieren.

48 Personalmangel, Arbeitsverdichtung und zunehmende Konfliktsituationen führen  
49 vielerorts zu Überlastung. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an  
50 Flexibilität und Erreichbarkeit.

51 Wir fordern:

- 52 • konsequenten Personalaufbau und realistische Personalbemessung,
- 53 • Schutz vor Überlastung und unbezahlter Mehrarbeit,
- 54 • moderne und flexible Arbeitszeitmodelle,
- 55 • bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben,
- 56 • Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten, wo dies sinnvoll möglich ist,
- 57 • eine moderne und gesundheitsfördernde Arbeitsorganisation.

#### 58 **Psychische Gesundheit ernst nehmen**

59 Die psychische Belastung im öffentlichen Dienst nimmt seit Jahren zu. Hoher  
60 Arbeitsdruck, Personalmangel, belastende Einsätze und zunehmende  
61 gesellschaftliche Spannungen wirken sich auf die Gesundheit vieler Beschäftigter  
62 aus.

63 Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein.

64 Wir fordern:

- 65 • die systematische Erfassung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz,
- 66 • verbindliche Präventionsmaßnahmen gegen Überlastung,

- 67 • niedrigrschwellige und kostenfreie Beratungsangebote,
- 68 • Sensibilisierung und Schulungen für Führungskräfte,
- 69 • ausreichend Zeit und Personal für gesundes Arbeiten,
- 70 • eine Arbeitskultur, in der psychische Erkrankungen offen thematisiert
- 71 werden können.

72 Gesunde Beschäftigte sind die Grundlage eines funktionierenden öffentlichen  
73 Dienstes.

#### 74 **Carearbeit anerkennen und unterstützen**

75 Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst übernehmen neben ihrer beruflichen  
76 Tätigkeit Verantwortung für Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder andere  
77 Sorgearbeit.

78 Carearbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar. Sie darf nicht zur zusätzlichen  
79 individuellen Belastung werden.

80 Wir fordern:

- 81 • echte Vereinbarkeit von Beruf und Carearbeit,
- 82 • flexible und verlässliche Arbeitszeitmodelle,
- 83 • Teilzeitmöglichkeiten ohne berufliche Nachteile,
- 84 • bessere Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten,
- 85 • ausreichende Freistellungs- und Sonderurlaubsregelungen,
- 86 • Sensibilisierung von Führungskräften für die Bedürfnisse von Beschäftigten
- 87 mit Careverantwortung.

88 Ein moderner öffentlicher Dienst muss die Lebensrealitäten seiner Beschäftigten  
89 berücksichtigen.

90 **Flexibilität und Durchlässigkeit stärken**

91 Berufsbiografien verändern sich. Junge Beschäftigte erwarten heute mehr  
92 Flexibilität und Entwicklungsmöglichkeiten.

93 Der öffentliche Dienst muss deshalb durchlässiger und mobiler werden.

94 Wir fordern:

- 95 • einfachere Wechsel innerhalb des öffentlichen Dienstes,
- 96 • bessere Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und freier  
97 Wirtschaft,
- 98 • die Anerkennung von Berufserfahrung unabhängig davon, wo sie erworben  
99 wurde,
- 100 • moderne Ausbildungsstrukturen mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten,
- 101 • die Sicherstellung sozialer Absicherung und Altersversorgung auch bei  
102 Berufswechseln.

103 Der öffentliche Dienst muss attraktive Perspektiven bieten – nicht starre  
104 Strukturen.

105 **Modernes Berufsbeamtentum**

106 Das Berufsbeamtentum bleibt ein wichtiger Bestandteil eines funktionierenden  
107 Staates. Es gewährleistet Kontinuität, Neutralität und Verlässlichkeit  
108 staatlichen Handelns.

109 Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Berufsbeamtentum reformiert und  
110 modernisiert werden muss.

111 Dabei gilt: Reformen dürfen nicht einseitig zulasten der Beamt\*innen erfolgen.

112 Wir fordern:

- 113 • eine ausgewogene Betrachtung von Rechten und Pflichten,

- 114 • faire und amtsangemessene Besoldung,
- 115 • attraktive Rahmenbedingungen für Nachwuchskräfte,
- 116 • moderne Arbeitsbedingungen und flexible Arbeitsmodelle,
- 117 • transparente Beförderungs- und Beurteilungssysteme,
- 118 • stärkere Mitbestimmungsrechte.

119 Ein modernes Berufsbeamtentum muss attraktiv, gerecht und zukunftsfähig bleiben.

## 120 **Digitalisierung und KI als Chance gestalten**

121 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt grundlegend  
122 – auch im öffentlichen Dienst.

123 Dieser Wandel darf nicht über die Beschäftigten hinweg erfolgen.

124 Wir fordern:

- 125 • frühzeitige Einbindung der Beschäftigten in Veränderungsprozesse,
- 126 • umfassende Aus- und Fortbildungsangebote,
- 127 • den Einsatz digitaler Technologien zur Entlastung der Beschäftigten,
- 128 • transparente und verantwortungsvolle Regeln für den Einsatz von KI.

129 Digitalisierung muss unterstützen, nicht ersetzen.

## 130 **Schutz und Sicherheit im Dienst gewährleisten**

131 Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen ihre Arbeit sicher ausüben können.

132 Übergriffe, Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten dürfen nicht  
133 hingenommen werden.

134 Wir fordern:

- 135 • wirksame Schutz- und Präventionskonzepte,
- 136 • ausreichende Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz,
- 137 • konsequente Unterstützung der Beschäftigten bei Strafverfolgung und  
138 Nachsorge,
- 139 • klare Haltung der Arbeitgebenden gegen Gewalt und Bedrohungen.

140 Wer für den Staat arbeitet, verdient Schutz und Rückhalt.

#### 141 **Diversität und Gleichstellung stärken**

142 Ein moderner öffentlicher Dienst muss die Vielfalt der Gesellschaft  
143 widerspiegeln.

144 Noch immer bestehen strukturelle Hürden und Ungleichheiten beim Zugang zum  
145 öffentlichen Dienst sowie im Arbeitsalltag und beim beruflichen Aufstieg.

146 Wir fordern:

- 147 • diskriminierungsfreie Einstellungs- und Auswahlverfahren,
- 148 • gezielte Förderung unterrepräsentierter Gruppen,
- 149 • barrierefreie und inklusive Arbeitsplätze,
- 150 • bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und persönlichen  
151 Lebensrealitäten,
- 152 • Sensibilisierung und Fortbildungen zu Vielfalt und Antidiskriminierung.

153 Diversität ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke des öffentlichen  
154 Dienstes.

#### 155 **Mitbestimmung stärken**

156 Gute Arbeitsbedingungen entstehen nicht ohne starke Interessenvertretungen.

157 Personalvertretungen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen leisten einen  
158 unverzichtbaren Beitrag für Demokratie und Mitbestimmung im Arbeitsalltag.

159 Wir fordern:

- 160 • ausreichende Ressourcen für Interessenvertretungen,
- 161 • echte Beteiligung auf Augenhöhe,
- 162 • stärkere Rechte für Jugend- und Auszubildendenvertretungen,
- 163 • eine Kultur der Mitbestimmung und Beteiligung.

#### 164 **Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement fördern**

165 Viele junge Beschäftigte engagieren sich auch außerhalb ihres Berufs für  
166 Demokratie und Gesellschaft.

167 Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung.

168 Wir fordern:

- 169 • stärkere Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit,
- 170 • wohlwollende Gewährung von Sonderurlaub,
- 171 • flexible Arbeitszeitregelungen zur Unterstützung gesellschaftlichen  
172 Engagements.

173 Ein starker Staat lebt von Menschen, die sich einbringen – beruflich wie  
174 ehrenamtlich.

#### 175 **Unser Auftrag als Jugend**

176 Wir als junge Gewerkschafter\*innen gestalten die Zukunft des öffentlichen  
177 Dienstes aktiv mit.

178 Wir organisieren, vernetzen und vertreten junge Beschäftigte und kämpfen für  
179 faire Arbeitsbedingungen, echte Mitbestimmung und einen modernen öffentlichen  
180 Dienst.

181 Wir wollen einen öffentlichen Dienst, der Sicherheit bietet, Vielfalt lebt,  
182 Gesundheit schützt und jungen Menschen echte Perspektiven eröffnet.

### 183 **Schluss**

184 Der öffentliche Dienst kann die Herausforderungen der kommenden Jahre nur mit  
185 motivierten und gut ausgestatteten Beschäftigten bewältigen.

186 Sich auf die bisherige Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu verlassen,  
187 reicht nicht aus. Junge Menschen haben andere Erwartungen an Arbeit und  
188 Arbeitgebende als frühere Generationen.

189 Deshalb braucht es jetzt echte Reformen, mehr Wertschätzung und bessere  
190 Rahmenbedingungen.

191 **Wir fordern einen öffentlichen Dienst, der modern, solidarisch und zukunftsfähig**  
192 **ist – damit wir auch morgen motiviert Verantwortung für unsere Gesellschaft**  
193 **übernehmen können.**